

Haushaltsrede zum Haushalt 2015

Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir beraten und verabschieden heute den Haushalt mit seinen Anlagen für das Jahr 2015.

Hat sich Ausgangslage und der Ausblick auf das Jahr 2015 verändert?

Nein, das hat er nicht.

Die Städte und Gemeinden in NRW sind ganz überwiegend strukturell massiv unterfinanziert.

Das Konnexitäts-Prinzip wird unverändert von Bund und Land in unverantwortlicher Weise verletzt.

Das Suchen von Verantwortlichen beim Kreis oder LWL ist das Werfen von Nebelkerzen und führt in keinster Weise zu strukturell durchschlagenden Lösungen. Das Problem liegt in Düsseldorf und Berlin und sonst nirgendwo.

In besonderer Weise wird dieses Problem durch die aktuelle Flüchtlingsfrage deutlich, die mit Macht auf uns zukommt. Wir können uns auch nicht auf den Standpunkt stellen, dass wir erst dann Flüchtlinge aufnehmen, wenn die Kostenfrage durch das Land NRW geklärt ist.

Wenn der Bus kommt, dann müssen wir aufnehmen, ob uns das finanziell passt oder nicht.

Aus diesem Grunde hat die Fraktion DIE LINKE. seit September auf dieses Problem der starken Zunahme von Flüchtlingen hingewiesen. Wir sind nach dem Grundgesetz und nach allen moralischen Normen verpflichtet, diesen Menschen mit ihren schrecklichen Schicksalen zu helfen.

Auf unsere Anfrage und den Antrag mit „Aktionsprogramm“ zur Flüchtlingsfrage, den wir ja nun später noch behandeln werden, darf ich in diesem Zusammenhang verweisen. Wir möchten dabei eine umgehende Vorbereitung der Aufnahme und Begleitung der Flüchtlinge sicherstellen. Eine Willkommenskultur muss geschaffen werden. Nur so

entziehen wir den braunen Rattenfängern hier im Raum und andernorts ihren schmierigen Köder.

Entwurzelte und traumatisierte Menschen aus den Krisenregionen dieser Welt können nicht nur verwahrt werden, obgleich das auch ein Aspekt der Arbeit ist. Es handelt sich dabei um Menschen, die auch durch eine verwerfliche Waffenexportpolitik der Bundesregierung in Krisengebiete (Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Irak usw.) in diese Lage gekommen sind. In keiner Region dieser Erde gibt es so viele Waffen wie dort.

Die erwähnten Betreuungsaufgaben gehören in fachkundige Hände. Das alles hat Auswirkungen auf den Haushalt.

Sie haben es mehrheitlich abgelehnt, dieses Aktionsprogramm vor den eigentlichen Haushaltsberatungen zu behandeln bzw. zu beschließen.

Was erwartet uns bei der Personalentwicklung?

Das Bürgerbüro muss auch zukünftig tageweise schließen, der Ressourcenbericht erscheint letztmalig und kann zur Erinnerung an „goldene Zeiten“ in den Schaukasten des Archivs gestellt werden. Die Kontrollen bei städtischen Reparaturen werden nicht mehr durchgeführt. Die Sicherheitskontrollen und Überprüfungen entfallen, alle technischen Fachleute in der Verwaltung und ihr örtliches Wissen sind inzwischen weg und durch angeheuerte Gutachter ersetzt.

Der Personalabbau geht jährlich mit 15 bis 20 Personen weiter.

Ironisch könnte man äußern: Wir klappen die Verwaltung zu. Der Service für die Bürgerinnen und Bürger wird eingestellt. Es fehlt nur noch, das wir daraus ein „Zukunftsmodell“ machen und als Lösung die Übernahme jeder Verwaltungstätigkeit durch „Ehrenamtliche“ organisieren. Selbst in der Ironie verschlägt es einem den Atem.

Wir waren immer der Meinung, dass Haushalte im Ergebnis für Bürgerinnen und Bürger auch etwas bringen müssen. Wenn das der Fall ist, kann man den Haushalt mittragen bzw. ihn passieren lassen.

Diese Kriterien sind aber nun bei diesem Haushalt wieder nicht erfüllt.

Die Mehrheit dieses Rates hat sich unserem Anliegen verweigert, gegen die skandalöse Unterfinanzierung unserer Stadt zu demonstrieren. Sie werden sich erinnern: wir hatten vorgeschlagen, in Berlin und Düsseldorf vor den Parlamenten in drastischer Form unseren Protest auch landes- und bundesweit bekannt zu machen.

Herr Breilmann von der CDU hat damals gemeint, dass die Gespräche z. B. mit den Bundestagsabgeordneten Mißfelder und Schwabe erfahrungsgemäß mehr bringen würden. Die letzte SPD-GRÜNE-Koalition hat dem zugestimmt.

Und nun? Hat sich auch nur ansatzweise etwas getan, was die strukturelle Finanznot der Gemeinden in NRW betrifft? Gibt es irgendeine Entwicklung?

NEIN, wir haben immer noch das Strangulierungsgesetz aus Düsseldorf am Hals und Jahr für Jahr ist die Koalition erfindungsreich beim Streichen von Leistungen und der Erhöhung von Steuern und Gebühren. Das Problem unserer Stadt ist nicht die Ausgabenseite. Alle wissen es: Wir haben ein Einnahmeproblem.

Das geht auch immer so weiter. Wenn der Bund die Bafög-Leistungen (Kosten der Unterkunft) zukünftig übernimmt, verschwinden mal eben einige Hundert Millionen Euro im Landeshaushalt NRW.

Die dort regierenden Parteien sind auch hier Koalitionäre. Die FDP streichen wir dabei als irrelevant.

Wo ist die Einflussnahme, wo ist der Druck der kommunalen Basis auf die Landesregierung?

Sie wollen nicht demonstrieren und die Bürger auch Draußen nicht aktiv vertreten. Sie machen keinen innerparteilichen Druck auf die Landesregierung.

Gespräche mit Bundestagsabgeordneten verändern offensichtlich nichts – jedenfalls nicht die Finanznot von Castrop-Rauxel.

Haben die Gespräche mit diesem dramatischen Inhalt überhaupt stattgefunden?

Und so heißt es weiter: Wir konsolidieren den Haushalt und streichen die Bürger. Oder heißt es: Wir streichen den Haushalt zusammen und konsolidieren die Bürger? Quatsch bleib Quatsch!

Die mit diesem Vorgehen angeblich gerettete Handlungsfreiheit erschöpft sich in Maßnahmen, die nur ausgesucht und durchgeführt werden, wenn sie mindestens zu 80 % besser noch zu 90 % von Dritten bezuschusst werden.

Und dann investieren wir mit Hunderttausenden von Euro unseren Eigenanteil in Steine und nicht in Menschen.

Bedürftigen Menschen streichen wir die kleinen Vergünstigungen nach dem CAS-Paß. Das Melken der Sportvereine durch Nutzungsentgelte pro Vereinsmitglied wird uns noch übel aufstoßen.

Zu dieser Prognose muss man nicht mit hellseherischen Fähigkeiten ausgestattet sein.

In Anlehnung an Erich Kästner, der einmal zu seiner Satire gefragt wurde: „Wo bleibt das Positive – Herr Kästner?“ will DIE LINKE, nach dem Positiven gefragt, anregen, dass wir schnellstens einen Gewerbesteuer-Prüfer einstellen, der nichts anderes zu tun hat, als die Gewerbesteuer in Zusammenarbeit mit den Finanzämtern ständig zu prüfen. Durch falsch deklarierte oder auch großzügig gestaltete Steuererklärungen gehen den Gemeinden Hunderttausende von

Steuereinnahmen verloren. Der Verjährungszeitraum ist kurz und Fachleute schätzen, dass durch ständige Gewerbesteuer-Prüfungen rd. 300 000 Euro pro Jahr und Steuerprüfer „erwirtschaftet“ werden.

Also: Wir erwarten und fordern, dass die Verwaltung hier tätig wird.

Zu welchen Schlussfolgerungen kommt die Fraktion DIE LINKE ?

Der Haushalt ist ein Spiegelbild der kommunalen Ödnis von Castrop-Rauxel.

Wir hätten den Haushalt passieren lassen, wenn wenigstens das „Aktionsprogramm Flüchtlinge“ beschlossen worden wäre.

Das ist offensichtlich nicht der Fall. Folglich lehnen wir den Haushalt in Bausch und Bogen ab.